

**Der Holocaust und der Nahostkonflikt:
Plädoyer für einen Neubeginn in deutschen Nahostdiskussionen
nach der Rede Barack Obamas**

von Judith Bernstein¹

Als Papst Benedikt XVI. im vergangenen Mai das Heilige Land besuchte und dort von der politischen Realität eingeholt und überwältigt wurde, sprach er davon, dass, „die Palästinenser das Recht auf ein souveränes Heimatland im Land ihrer Vorfahren, sicher und in Frieden mit ihren Nachbarn, in international anerkannten Grenzen“ haben. Dieser Satz wurde nur deshalb als mutig empfunden, weil kaum ein ausländischer Politiker, der Israel und die palästinensischen Gebiete bis dahin besuchte, es gewagt hatte, diese Forderungen offen auszusprechen.

Aus Berichten der Palästinenser, Menschenrechtsorganisationen und Friedensaktivisten ist seit Jahren bekannt, was in den palästinensischen Gebieten geschieht, und doch ließ man dies international geschehen – womit ein Beitrag zur Eskalation dieses Konflikts geleistet wurde. Woher kommt diese unheilvolle Haltung, die Palästinenser, Israelis und dem Ansehen der westlichen Welt in der arabischen und moslemischen Welt so geschadet hat? Welche Ursachen liegen dieser auffälligen Unsicherheit zugrunde?

Die Antwort dürfte darin zu suchen sein, dass die Diskussion (vor allem in Deutschland) immer auf dem Hintergrund des Holocaust stattfindet. Dabei ist die Lage im östlichen Mittelmeer schlimm genug, als dass der historische Rückgriff auf Deutschland und Europa notwendig wäre. So stehen Parallelisierungen dem Verständnis des Konflikts diametral im Wege und dienen weder Israelis noch Palästinensern. Lassen wir also die Shoah dort, wo sie hingehört: nach Deutschland und Europa als immerwährende Mahnung und den Nahostkonflikt nach Israel und Palästina. Andernfalls führen Diskussionen über den Nahostkonflikt zwangsläufig in die Irre.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich ein großer Teil der deutschen Bevölkerung auf den Holocaust als Gründungsfaktum der eigenen Identität berufen: Wir haben die Lektion von Auschwitz gelernt, lautete das einmütige Bekenntnis. Heute wollen die einen die Unterdrückungsmechanismen und die Verbrechen des israelischen Militärs mit der

¹ Der Beitrag erschien in „Semit – Unabhängige jüdische Zeitschrift“ 04/2009, S. 45 f. Die Autorin, geboren in Jerusalem, ist die jüdische Sprecherin der „Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München“ und Mitglied der „Europäischen Juden für gerechten Frieden in Nahost“ (EJJP).

Begründung legitimieren, dass jedes Mittel recht sein müsse, um Israel vor einem zweiten Auschwitz zu bewahren. Die Gegenseite behauptet aus einem eitlen Gerechtigkeitsgefühl, aus Enttäuschung oder in einer Art Besessenheit heraus, die Schuld am Holocaust dadurch „bewältigen“ zu müssen, dass sie in den Palästinensern die „Opfer der Opfer“ sieht. Damit wird ein Dreiecksverhältnis „Deutschland – Israel – Palästina“ konstruiert. Dass das zionistische Projekt eines eigenen Staates schon lange vor 1933 begann, wird großzügig übersehen.

Es gibt viele Gründe für die Solidarisierung mit den Palästinensern, politische, völkerrechtliche und humanitäre, keine jedoch, die sich mit der Geschichte der Shoah begründen lassen. Die Beziehungen zwischen Zionisten und Arabern in Palästina, zwischen Israelis und Palästinensern unterliegen eigenen Gesetzmäßigkeiten und haben sich von der jüdischen Katastrophe faktisch gelöst, während sie mit Methoden der politischen Psychologie manipuliert werden. Würde Israel eine andere Politik gegenüber den Palästinensern betreiben, käme hierzulande niemand auf die Idee, von einer deutschen Verantwortung für die Palästinenser zu sprechen. Der gemeinsame Nenner beider Positionen besteht darin, dass sie sich mit ihrer Fixierung auf den Holocaust der Eigendynamik im Nahen Osten verschließen, sie leugnen, ausblenden oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Deutsche Parlamentarier quer durch alle Parteien neigen einer unklugen Variante zu, wenn sie sich damit begnügen, ihre Kritik hinter vorgehaltener Hand zu äußern und gleichzeitig so zu tun, als ob die Fassungslosigkeit oder gar scharfe Verdammung in der Öffentlichkeit, die auch vor der Ablehnung des Staates Israel nicht haltmacht, sie nichts angehe. Wieso bedarf es neuerdings der Warnungen vor einer „ethnischen Säuberung Palästinas“, nachdem Israels „neue Historiker“ seit zwei Jahrzehnten dieses Thema am Beispiel der Staatsgründung 1948 thematisiert haben? In einem Satz: Eine an der Sache orientierte Debatte sucht man häufig vergebens.

Die Untätigkeit und die Gleichgültigkeit der internationalen Staatengemeinschaft haben Israel veranlasst, an seiner Politik gegenüber den Palästinensern festzuhalten – und das Gegenteil bewirkt: Die besonders in Deutschland immer wieder beschworene Verbundenheit mit dem Staat der Juden läuft darauf hinaus, seine selbstzerstörerische Politik abzustützen. Solange die Europäer die Regierung in Jerusalem gewähren lassen, wird diese keine Veranlassung sehen, sich der Notwendigkeit einer grundlegenden Umkehr zu stellen.

Allen ist klar, dass die Auflösung der jüdischen Siedlungen und ein militärischer Abzug aus der Westbank – ganz zu schweigen von der Teilung Jerusalems – auf einen

bürgerkriegsähnlichen Zustand in Israel hinauslaufen würden, für den der Verzicht auf Gaza im Sommer 2005 nur einen schwachen Vorgeschmack lieferte. Für das Gros der palästinensischen Bevölkerung ihrerseits hat sich die Gründung des souveränen Staates Palästina weitgehend erledigt, weil ein zusammenhängendes Territorium nicht in Sicht ist, das ihre nationale Souveränität begründen könnte. Deshalb klammern sich viele an die Idee des sogenannten binationalen Staates, der freilich in weiter Ferne liegt, sieht man einmal davon ab, um welchen Preis er erkaufte würde.

In Deutschland gehört die Formel von der „Anerkennung des Existenzrechts Israels“ mittlerweile in den Bereich der rhetorischen Makulatur – ein politisch sinnentleertes Ritual, das bei festlichen Anlässen stereotyp wiederholt wird. Was also bedeutet im Ernstfall die verklausulierte Zusage Angela Merkels von der deutschen „Staatsräson“, wenn mehr als achtzig Prozent der eigenen Bevölkerung die Unterstützung des Staates der Juden mit Waffen ablehnen, falls er angegriffen werden sollte? Mit Militärlieferungen an Israel und mit Finanzhilfen für die Palästinenser lässt sich der Konflikt nicht lösen.

Auch wenn allein die Palästinenser und die Israelis als natürliche Verbündete miteinander dauerhafte Verträge schließen können, schaffen sie dieses Ziel nicht mehr aus eigener Kraft. Deshalb ist das Eingreifen der Weltgemeinschaft gefordert. Schließlich liegt der Frieden auch in ihrem Interesse, weil er unteilbar ist. Die Auswärtigen Ämter müssen sich endlich auf die Mittel der politischen Diplomatie besinnen.

Dabei sollten die Solidarität und die Unterstützung weder *den* Palästinensern noch *den* Israelis gelten, sondern jenen Menschen auf beiden Seiten, die sich mit aller Kraft für den Frieden und die nationale Koexistenz beider Völker einsetzen. Nach Auschwitz bedeutet „Verantwortung“, nirgendwo gegenüber Methoden der Unterdrückung und der Menschenrechtsverletzungen gleichgültig oder passiv zu bleiben. Ein Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, aber die Geltung der Vierten Genfer Konvention für die Westbank zurückweist, handelt gegen seine nationalen Interessen. Die Bundesrepublik muss zudem auf eine palästinensische Einheitsregierung drängen. Dazu gehört die Aufhebung des Boykotts gegenüber dem Gazastreifen, denn wenn Hamas kein Partner für Israel ist, kann auch den Palästinensern nicht zugemutet werden, mit einer Regierung zu verhandeln, die ihnen elementare Rechte verweigert.

Wem in Deutschland am Wohlergehen Israels gelegen ist, darf sich deshalb von der fahrlässigen Gleichsetzung von berechtigter Kritik und Antisemitismus nicht beirren lassen. Regierung, Parteien, politische Stiftungen und manche Medien sollten den Mut haben, nicht

bei jedem Vorwurf israelischer Repräsentanten oder aus Kreisen des Zentralrats der Juden in Deutschland einzuknicken. Die Stimmung gegenüber Israel und mittlerweile gegenüber den Juden in der Bundesrepublik ist in teilweise aggressive Tonlagen umgeschlagen. Eine neue „Judenfrage“ taucht am Horizont auf, die stark mit der Fortdauer des Konflikts zusammenhängt.

Auch wenn immer wieder von der „jüdischen Lobby“ in den USA die Rede ist, so sind es gerade die jüdischen Berater Obamas wie Robert Malley, Martin Indyk, Daniel Kurtzer, Aaron David Miller und Richard N. Haas, die ihn in seiner „aggressiven“ Nahostpolitik unterstützen. Sie sehen sich dazu veranlasst, weil sie selbst die Vorzüge der Demokratie genießen und nicht gleichzeitig dieses Gut einem anderen Volk, den Palästinensern, vorenthalten können. Hinzu kommt, dass sie nicht weiter von der israelischen Politik vorgeführt werden wollen. Aaron David Miller hat seit den 1970er Jahren die Administration gemahnt, mit den Regierungen in Jerusalem ernsthaft über die Siedlungspolitik zu sprechen.

In seiner Kairoer Rede am 4. Juni hat Obama das Leiden beider Völker angesprochen, ohne sie zu vergleichen oder aufzurechnen. „Das jüdische Volk wurde Jahrhundert lang verfolgt, und in Europa gipfelte der Antisemitismus in dem beispiellosen Holocaust“. Er fügte hinzu: „Ebenso unbestreitbar ist, dass das palästinensische Volk auf der Suche nach einem Heimatland gelitten hat. Seit mehr als 60 Jahren ertragen sie den Schmerz der Vertreibung. Die Lage des palästinensischen Volks ist untragbar.“ Wird diese Rede auch zu einem Neubeginn der Nahostdiskussion in Europa und insbesondere in Deutschland führen?

Der Frieden zwischen Palästinensern und Israelis wird nicht sämtliche Probleme in der Region lösen. Aber er dürfte nach übereinstimmender Auffassung aller Experten eine Dynamik in Gang setzen, die den Extremisten den Boden entzieht. Die Palästinenser sind für die arabische und die moslemische Welt zum Objekt demütigender kolonialer Unterdrückung geworden, das von ihren eigenen innenpolitischen Problemen ablenkt und zu einer umfänglichen Solidarisierung verführt.
